

Peter Schyga, Hannover

**Goslar und die Harzburger Front – die Radikalisierung des Bürgertums.
Vortrag im Rahmen der Ausstellungspräsentation**



am 26.4.2012 im Kreishaus Goslar

In seinem jüngst erschienenen Buch *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation* vergleicht der Trierer Historiker Lutz Raphael die politischen, sozialen und ideologischen Bewegungen in den Ländern Europas zwischen 1914 und 1945.

Dabei zeigt er zentrale – wie man heute manchmal sagt – mentale Gemeinsamkeiten im Europa der Zwischenkriegszeit auf, ohne in Relativismus zu verfallen: Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, radikaler Antibolschewismus gehörten überall in Europa zum Allgemeingut nationalliberaler und konservativer Kreise – auch in gefestigten Demokratien. Imperiale Politik und Ansprüche waren vielerorts eine Selbstverständlichkeit wie nationale Selbstbehauptung, weshalb solche Tendenzen im Deutschland der Nachkriegszeit zwar von außen mit einigem Argwohn betrachtet wurden, aber als normal galten und deshalb auch nach 1933 bis 1938 als hinnehmbar erachtet wurden. „Rassehygienisches“ und sozialdarwinistisches Gedankengut schwirrte nicht nur in europäischer Wissenschaft und Geisteswelt umher, sondern erfuhr in den 30er Jahren in einigen Ländern auch politische Umsetzung.

So schienen etlichen Regierungen der europäischen Nachbarländer die eugenische Gesetzgebung der Nationalsozialisten 1933 und sogar zentrale Elemente der antijüdischen Rassegesetze – einem in bürgerlichen Kreisen weit verbreiteten europäischen Antisemitismus entsprechend – wenig bemerkenswert. Raphael spricht von einem „kulturellen Code, der in den europäischen Gesellschaften grassierte“.¹

In diesem europäischen Konglomerat gilt es die Besonderheiten der deutschen Entwicklung hervorzuheben, Besonderheiten, die nicht irgendwann nach 1933 zum Ausdruck kamen, sondern sich schon im Prozess der Zerstörung von Weimar und der Machthergabe an die Nationalsozialisten massiv zeigten.

„Nur im deutschen Fall kam es zu einer dauerhaften Fusion der radikal rassistischen, antisemitischen Strömungen mit dem national-chauvinistischen bzw. nationalkonservativen Lager. Während in allen anderen Ländern die radikalen

Strömungen nach Art der Hitlerbewegung eine Randexistenz führten und auch organisatorisch von den nationalkonservativen Richtungen getrennt blieben, wurden diese im deutschen Fall so absorbiert, dass Sie im ‚Dritten Reich‘ ihren Platz fanden und vor allem auch in das Weltanschauungsfeld des Nationalsozialismus integriert wurden. ... Das imperialistische Erbe aus Kaiserreich und Erstem Weltkrieg war in der deutschen Nachkriegsgesellschaft breiter verankert als in der italienischen. ... Die kollektive Verdrängung der Niederlage im Ersten Weltkrieg und die daraus resultierende moralische Ablehnung des Versailler Friedens schufen einen idealen kollektiven Resonanzboden für die nationalsozialistische Inszenierung der Volksgemeinschaft, bei der es immer auch um die Wiederherstellung von Großmachtstatus und Weltgeltung ging.

Diese Dimension sicherte dem Regime die Unterstützung der Eliten, vom preußischen Adel bis zu den rheinisch-westfälischen Unternehmern, den nationalkonservativen oder nationalliberalen Hochschullehrern und der Ministerialbürokratie. Kulturell-völkische und rassenbiologische Deutungen und Motive wurden dabei immer wieder miteinander vermischt.“²

Damit sind *einige* Motive für den Schulterschluss zwischen den traditionellen und herrschenden deutschen Eliten und den neuen Kräften der NS-Bewegung genannt, der am 11. Oktober 1931 beim Treffen der „nationalen Front“ in Bad Harzburg hergestellt wurde.

Man mag mit einigem Recht diesem Tag mehr symbolische als realpolitische Bedeutung zumessen wollen. Man mag, wie in Teilen der Historiografie oft wiederbelebte Tradition aus der Nachkriegszeit, den Dissens zwischen Hitler und seinen national-chauvinistischen Bürgerpartnern betonen. Doch dabei wird zumindest zweierlei verkannt:

Im *strategischen* Ziel, die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihres politischen Aktionsfeldes, der demokratischen Republik, nachhaltig zu überwinden und eine imperiale Stellung Deutschlands herzustellen, waren sich die Protagonisten einig. Man studiere nur die Reden im Kurhaus.

Und – man darf heute an eine in die Jahre gekommene aber weiterhin gültige Erkenntnis, die in der jüngeren Historiografie – Raphael reiht sich hier ein – gern unterschlagen wird, erinnern:

Der „Sozialismus“ der NSADP versprach, die Kapitalbesitzverhältnisse unangetastet zu lassen und die Klassengegensätze zugunsten der Kapitaleigner mit Gemeinnutzideologemen und legalistischen Gesetzgebungseifer garniert gewaltsam zu unterdrücken. Die NSDAP versprach der entscheidende Rammbock gegen die in Weimar und in ganz Europa geltend gemachten gesellschaftlichen Emanzipationsansprüche der Arbeiterklasse zu sein. Soweit die strategische Ausrichtung von Bad Harzburg.

In der unmittelbaren Gegenwart manifestierte sich dieser Akt sofort und wirksam in der politischen Realität. Auf der Kundgebung riefen die Führer vor ihren uniformierten Verbänden und aufmerksamem Publikum zum Sturz der Regierungen von Reichskanzler Brüning und Ministerpräsident Braun (Preußen) auf und verlangten die Einsetzung einer „wirklichen Nationalregierung“ durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg. Ihre Misstrauensanträge am 16. Oktober gegen das 2. Kabinett Brüning scheiterten nur knapp. Zwei Tage später demonstrierte Hitler mit dem Marsch der 100.000 SA-Kämpfer im benachbarten Braunschweig seine Macht und bewies Dominanz gegenüber den rechtsnationalistisch-bürgerlichen Kreisen von Bad Harzburg. Die Nationalsozialisten in den Koalitionsregierungen der Länder Braunschweig und Thüringen wurden gestärkt. Grundlegende Revisionen demokratischer Errungenschaften prägten dort die Politik. In Braunschweig wütete der NS-Mob mit Rückendeckung und tatkräftiger Unterstützung der staatlichen Behörden. Der Charakter einer Politik der „Nationalen Regierungen“ wurde mit der Entlassung des Kabinetts Brüning am 30. Mai 1932 deutlich. Franz von Papen bildete das Kabinett der „nationalen Konzentration“. Nach dem erzwungenen Rücktritt des republikloyalen Reichswehrministers Groener am 13. Mai übernahm nun General v. Schleicher dieses Amt. 10 Tage nach Auflösung des Reichstags am 4 Juni wurde das SA-Verbot vom 13. April wieder aufgehoben. Am 29 Juli gelang der Regierung Papen/Schleicher mit dem so genannten Preußenschlag in einem staatsstreichähnlichen Manöver die Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung Braun-Severing.

Dass gegen diesen Putsch anders als noch 1920 beim Kapp-Putschversuch von Seiten der Arbeiterbewegung keine Gegenwehr organisiert werden konnte, ist ein deutliches Zeichen ihrer Schwäche. Und diese war nicht nur Ausdruck von politischer und ideologischer Zerstrittenheit, sondern Ergebnis konsequenter Sozial- und Arbeitsmarktpolitik der herrschenden Klasse in Politik und Wirtschaft. Ein leerer, demoralisierter Magen kämpft nicht.

Ich will Sie jetzt nicht mit weiteren Einzelheiten des deutschen Weges zur Diktatur behelligen, nur soviel lässt sich retrospektiv sagen: Der Anfang vom Ende Weimars war eingeläutet, und – Bad Harzburg motivierte und mobilisierte die Teile der breiten deutschen Mittelschichten, die sich bis dahin die Republik in indifferenter Distanz „gefallen“ ließen, die „bei jeder ernsten Krise bereit waren, der demokratischen Republik den Rücken zu kehren,“³ um beim Angriff auf Demokratie und Republik mitzutun, wie der zeitgenössische Historiker Arthur Rosenberg einmal formulierte.

Bevor ich in Schilderung und Analyse fortfahre, lassen Sie mich einige kurze Bemerkungen über anscheinend nicht zu überwindende Friktionen beim Herstellen von Geschichtsbildern einflechten.

Es gibt gegenüber dem historischen Blick, der immer ein rückwärts gerichteter ist, den in manchen Kreisen wohl ewig beliebten Einwand, er berücksichtige die Lebens- und Gefühlslage der in damaliger Gegenwart lebenden und handelnden Menschen nicht hinreichend, würde also Urteile provozieren, die der historischen Lage nicht angemessen seien. Mit anderen Worten, man werde den Menschen in ihrer Zeit nicht gerecht.

Hinter dieses Empathie heischenden, sich oft auf das Rankesche Diktum des „Sagen, was war“ berufenden Begriffs von Geschichte verbirgt sich die Vorstellung, Vergangenheit erkläre sich durch sich selbst. Dass in dieser Folie von Vergangenheitsbetrachtung immer auch ein Rechtsfertigungsmodus eingeschweißt ist, der Verantwortungen von Handelnden entsorgt, scheint ein willkommener zentraler Effekt. Das sprichwörtliche Rädchen erhält eine Nichtbedeutung im Getriebe des großen Weltengangs, sein Handeln wird durch ihn quasi legitimiert.

Die moderne, aktuell im Geschichtsinterpretationswesen des Sozialpsychologen Harald Welzer Aufmerksamkeit generierende Form dieser Sichtweise, spricht von situativen Handlungsoptionen, von Referenzrahmen, in denen sich Menschen quasi

gefesselt bewegen würden. Diese Betrachtungsweise soll den retrospektiven Betrachter in die damalige Gegenwart versetzen. Die historische Gegenwart wird dann so inszeniert, dass Handlungen zumindest schlüssig, wenn nicht alternativlos erscheinen. Damit wird der Beobachter in die Rolle eines Teilhabers gedrängt, mit der Frage, „was hätte ich getan?“ konfrontiert und so in die Suggestion von Unausweichlichem gezwungen.

Mit Geschichte, der es um Wissen und Kenntnis, um Begreifen und qualifiziertes Urteil geht, hat das dann allerdings nichts mehr zu tun. Vielmehr wird sie ersetzt durch suggestive Imagination von selektiv vermitteltem Vergangenen.

Wir erarbeiten uns Geschichte, indem wir zeitgenössisches Handlungen, Diagnosen und Artikulationen in immer wieder in neu vermittelte Zusammenhänge von Taten, Handeln, und formulierten Gedanken bringen, die uns die Quellen liefern. Vor allem müssen die Menschen, die Geschichte machen – und da rede ich von allen, die wir als Handelnde erfassen können –, als Akteure ernst nehmen, auch diejenigen, die als Verlierer geschichtlicher Prozesse zu oft vergessen sind.

Hannah Arendt betonte, dass es im Politischen nicht um „ein Handeln aus Verantwortung geht, sondern dass erst durch das Handelns Verantwortung entsteht.“⁴ Sie ging soweit zu sagen, dass wir „Verantwortung tragen für Handlungen und Ereignisse, sogar wenn wir sie nicht kontrollieren oder nicht einmal antizipieren können.“⁵ Vor diesem Erkenntnishintergrund beobachten wir retrospektiv Wort und Tat, Wollen und Intention, Durchführung und Ergebnis. Dabei befragen wir die später sich oft distanzierenden Akteure allerdings auch, ob sie nicht 1933 genau das erreichen wollten, was bis zum Februar 1943 mit ihrer aktiven Teilhabe Wirklichkeit geworden schien – Herrenmenschensherrschaft in Europa. Die Handelnden von Harzburg und ihre nachahmenden Mitmacher ersetzten bürgerschaftliche Verantwortung durch Selbstermächtigung, um ein Konglomerat von Partikularinteressen im Namen des Volkes, der Nation oder Gottes durchzusetzen. Damit übernahmen sie Verantwortung für die Zukunft. Wir haben als Teile eines demokratischen politischen Gemeinwesens die Aufgabe, uns der Verantwortung auch dieser Geschichte zu stellen.

Ich werde also Menschen hier vor Ort in den Blick nehmen, diesen und jenen vergleichenden Exkurs anreißen. Dies geschieht heute paraphrasierend, mehr lässt solch eine Veranstaltung nicht zu.

Ihnen ist ja bekannt, dass ich zum Goslar der NS-Zeit und Teilen der Vorgeschichte schon einige, wie ich meine, grundlegende Untersuchungen, veröffentlicht habe.⁶ Im Arbeitszusammenhang von Spurensuche Harzregion sind zusätzliche spezielle Untersuchungen dazugekommen. Mancher mag diese Schriften kennen. Öffentlicher Widerspruch wurde nie artikuliert. Ich weiß jedoch ebenso wie sie, dass es wirksamere Mittel gibt, historische Wahrheit in Nischen versauern zu lassen, um altbackene Vorurteile und interessegeleitete Geschichtsdeutung zu erhalten, als öffentlichen Disput. Preisgekrönte Anerkennung gibt es in dieser Stadt eher für wohlfeile Affirmation. Um mich also nicht zu wiederholen und Sie vorsätzlich zu langweilen, werde ich heute auf die Darstellung der allgemeinen Entwicklung in dieser Stadt verzichten. Ich versuche diese und jene Besonderheit – so sie denn existierte – darzulegen: Kann man neben den eben angedeuteten und gleich weiter zu konkretisierenden allgemeinen Tendenzen einer antirepublikanischen Radikalisierung des deutschen Bürgertums Spezifika in der politischen Haltung der Goslarer autochthonen Eliten ausmachen?

Lassen Sie mich zur Einführung eine zeitgenössische Wahrnehmung zum Zustand des deutschen Bürgertums voranstellen:

„Alles scheint möglich, scheint erlaubt gegen den Menschenanstand, und geht auch die Lehre dahin, dass die Idee der Freiheit zum bourgeoisen Gerümpel geworden ist, ... (es) erscheint die lehrweise abgeschaffte Freiheit nun wieder in zeitgemäßer Gestalt als Verwilderung, Verhöhnung einer als ausgedient verschrienen humanitären Autorität, als Losbändigung der Instinkte, Emanzipation der Rohheit, Diktatur der Gewalt. ... Der exzentrischen Seelenlage einer der Idee entlaufenen Menschheit entspricht eine Politik im Groteskstil mit Heilsarmee-Allüren, Massenkrampf, Budengeläut, Halleluja und derwischmäßigem Wiederholen monotoner Schlagworte, bis alles Schaum vor dem Munde hat. Fanatismus wird Heilsprinzip, Begeisterung epileptische Ekstase, Politik wird zum Massenopiat des Dritten Reiches oder einer proletarischen Eschatologie, und die Vernunft verhüllt ihr Antlitz.“⁷

So formulierte der deutsche Dichter Thomas Mann als Bürger der Weimarer Republik im Oktober 1930, also wenige Wochen nach den fünften Reichstagswahlen, bei denen 6,5 Millionen Wählerinnen und Wähler (= 18,3%) den Nationalsozialisten zu 107

Mandaten verholphen hatten. [In Goslar votierten 3.800 der 13.700 Wähler für die NSDAP, die damit hier 28,4 % also 10 % mehr als im Reichsdurchschnitt erhielt.]

Der deutsche Nationaldichter der Moderne sprach sozusagen vor Seinesgleichen. Er beschwor im Beethovensaal in Berlin das deutsche Bürgertum, den Nationalsozialisten energisch entgegenzutreten, weil diese im Begriff wären, die deutsche Kulturnation zu zertreten. Und er ging in dieser Rede einen für seine Verhältnisse gewaltigen Schritt weiter. Er empfahl seinen Zuhörern, über den Abdruck der Rede im *Berliner Tageblatt* einen Tag später auch dem lesenden Bürgertum, die Unterstützung der Sozialdemokratie. Er begründete dies ausführlich. Ich beschränke hier seinen Appell auf wenige Zitate:

„Die sozialistische Klasse ist, im geraden Gegensatz zum bürgerlich-kulturellen Volkstum, geistfremd nach ihrer ökonomischen Theorie, aber sie ist geistfreundlich in der Praxis – und das ist, wie heute alles liegt, das Entscheidende.“⁸

Th. Mann schließt mit den Worten: Wenn er seiner Überzeugung Ausdruck verleihe, „dass der politische Platz des deutschen Bürgertums heute an der Seite der Sozialdemokratie ist, so verstehe ich das Wort ‚politisch‘ im Sinn dieser [er meint der nationalen] inneren und äußeren Einheit. Marxismus hin, Marxismus her, – die geistigen Überlieferungen deutscher Bürgerlichkeit gerade sind es, die ihr diesen Platz anweisen; denn nur der Außenpolitik, die der deutsch-französischen Verständigung gilt, entspricht eine Atmosphäre im Innern, in der bürgerliche Glücksansprüche wie Freiheit, Geistigkeit, Kultur überhaupt noch Lebensmöglichkeit besitzen.“⁹ Soweit das Bild von Gegenwart eines auch damals nicht unbedeutenden Zeitgenossen.

Man kann aus späterer Sicht durchaus der Meinung sein, dass Th. Mann die Rückgratsstabilität des deutschen Bürgertums, seine innere demokratische Stärke und politische Gestaltungsfähigkeit und seinen Gestaltungswillen idealistisch beurteilt hat. Doch er hatte sehr klar gezeigt, dass ein aktiver Zusammenschluss um Republik, Demokratie und Recht, der die zerstörerischen Kräfte eindämmen könnte, das Gebot der Stunde wäre. Über des Gemeinbürgers geistige Befindlichkeit irgendwo im Bereich schwadronierender Neoromantik, esoterisch anmutendem Kulturpessimismus und aggressiv-nationalistischem Revanchismus machte er sich allerdings keine Illusionen.

Wie wir wissen, ging sein Appell ins Leere. Es ist anders gekommen. Statt sich hehrer Werte bürgerlicher Tradition Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Th. Mann spricht von „demokratischer Moralität“ – zu besinnen und um deren Durchsetzung in der Politik und im Politischen zu ringen, hat sich das deutsche Bürgertum in seiner Mehrheit in einem politisch-symbolischen Akt mit Hitlers Nationalsozialisten verbündet.

Dieser wurde umrahmt von hymnischer Gottesanbeterei und martialischem Gleichschritt der SA- und Stahlhelmeinheiten, ihn begleiteten entgeistigte, Gewalt beschwörende, nach Macht dürstende, Vernichtung androhende Reden im Harzburger Kurhaus, dem Versammlungsort. Dort hatte sich viel Prominenz eingefunden:

Es redeten in der Reihenfolge: Hugenberg, Hitler, Seldte, Duesterberg, der Führer des Reichslandbundes Graf von Kalckreuth, der ehemalige und später von Hitler wieder ins Amt gesetzte Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, Justizrat Claß, Führer des Alldeutschen Verbandes, General Graf v. d. Goltz, Führer der nationalen Verbände. Dieser Schulterschluss wurde schriftlich festgehalten in der Resolution von Bad Harzburg. Sie weist den Weg in die Diktatur, in ihr sind zudem wesentliche Grundpfeiler der Politik nach dem 30. Januar 1933 vorweggenommen:

Die gemeinsame EntschlieÙung formuliert den Akt: Die Abschaffung der Grundrechte, die Zerschlagung der Arbeiterbewegung zugunsten einer nationalen Wirtschaftsgemeinschaft, die Ächtung kultureller Befreiung, die Revanche für Versailles und die Schaffung einer Volksgemeinschaft der Rassegleichen. Alle Redner beschworen mit unterschiedlicher Betonung den Kampf gegen Bolschewismus, Sozialdemokratie und internationales Judentum, kündeten von der bevorstehenden nationalen Erhebung Deutschlands.

Das Presseecho in Deutschland war groß. Im Ausland erfuhr Hjalmar Schachts Vortrag, vom Redakteur der *GZ* als „sensationell“ hervorgehoben, besondere Beachtung, weil er nicht nur die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Republik grundsätzlich verwarf, sondern darüber hinaus den Entwurf einer nationalen, weitgehend autarken Volkswirtschaftsgemeinschaft propagierte. Schacht gerierte sich als parteipolitisch unabhängiger Fachmann und formulierte in Erweiterung und Radikalisierung seiner Denkschrift gegen den Young-Plan vom 6. 12. 1929

Grundsätze nationalsozialistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die er selbst ab Mitte 1933 mit umsetzen sollte.

Wie wurde dies Treffen hier in Goslar aufgenommen? Wenn man als Historiker solche Frage formuliert, weiß man, dass eine Antwort nur aus selektiven Wahrnehmungen bestehen kann. Diese Einschränkung in Kauf nehmend, ist es angemessen der Berichterstattung und Kommentierung in der *Goslarschen Zeitung* einen repräsentativen Charakter zuzuschreiben. Dies historiografische Verfahren legitimiert sich aus meinem Wissen um die kulturelle und politische Meinungsführerschaft dieses Blatts in der Stadt.

Die umfangreiche Berichterstattung über das Ereignis in der Nachbarstadt und die ausführliche Dokumentation¹⁰ der Reden im Kurhaus wurden durch einen Kommentar des als deutsche Geistesgröße sich verstehenden Redakteurs Dr. Otto Gillen eingerahmt. Ich möchte Ihnen diesen – wenigstens in Auszügen – nicht vorenthalten, stellte er doch einen radikalen Gegenentwurf zu Th. Manns kritischer Gegenwartsanalyse dar. Dieser Kommentar ist Ausdruck der eben erwähnten Selbstermächtigung. Eine Provinzzeitung erhebt sich zum Sprecher eines imaginierten Volkswillens. Und: sie sammelt nach und nach, aber in rasanter Beschleunigung eine Mehrheit der Kommunalbürger hinter ihre politische Position, Bürger, die sich nun selbst als Teil eines eingebildeten Volkswillens begreifen. Unter der Überschrift (GZ v. Mo., d. 12. 10. 1931) „Das Volk steht auf“ heißt es:

„Der große historische Tag der nationalen Einigung im benachbarten Bad Harzburg ist vorüber, ein Tag, der allen, die daran teilnehmen konnten, unvergesslich bleiben wird. Sonne und milde Herbstluft, die Farbe des Laubwaldes und der unzähligen Fahnen, Girlanden, Blumen, Uniformen und Musik, das alles verwob sich zu einer ungeheuren Symphonie, von deren stark pulsierenden Rhythmen all die Tausende, die sich um ihre Führer scharten, fasziniert wurden.

Die Atmosphäre dieses unvergesslichen Harzburger Sonntags, deren belebende Kraft sich niemand zu entziehen vermochte, war nichts anderes, als der auf kleinem Raum zusammengeballte Geisteswille des neuen Deutschlands, des Deutschlands der Zukunft, das zu verwirklichen der letzte Sinn der Harzburger Tagung geworden ist.

Die Bewegung, die mit unwiderstehlichen wachsender Gewalt Millionen von deutschen Herzen und Hirnen erfasst und entbrannt hat, und die in vielen Stürmen, die

bis ins letzte Dorf hinein das deutsche Vaterland durchflutet, sammelt sich in Harzburg in einem Becken, dessen Damm unter der Gewalt des gesammelten Drucks schier zu zerspringen drohte, um alles Morsche, Faule und Halbe hinwegzuschwemmen.

Und doch, getreu dem Grundsatz der nationalen Bewegung, durch sich selbst und durch den Geist zu wirken, standen alle diese von nationaler Leidenschaft bewegten Menschen im Banne einer bewundernswürdigen Disziplin. Die Ordnung, die erste Grundlage jeder Staatsidee, waltete über allem und gab dem Tag das Gepräge absoluter Klarheit und Sicherheit.

Es war ein überwältigender Eindruck, die Tausende uniformierter Mannen der nationalen Bewegung zum Feldgottesdienst am Hang der Liegewiese im Kalten Tal aufgestellt zu sehen, ein Wald inmitten der Wälder, ein imposantes Bild höchster menschlicher Ordnung, eine organisierte, von einem Willen beseelte Masse, über der die Fahnen und Standarten als Symbole des neuen Deutschlands stolz und unerschütterlich standen und als dann, nachdem das „Herr mach uns frei“ des Niederländischen Dankgebets verklungen war, die Geistlichen von der Kanzel herunter auf ihre aufrüttelnde, Herz und Seele bewegenden Worte über die lautlos verharrende Menge sprachen, teilte sich das lichte Gewölk, und die Sonne träufelte mildes Licht wie einen Segen des Himmels über die unübersehbare Gemeinde.

Wohin man sah, überall begegnetet man siegesfrohen und hart entschlossenen Gesichtern, Gesichtern, denen man es ansah, dass es diesen Menschen ernst ist, um die Gestaltung der deutschen Geschichte, ganz gleich, ob es sich um uniformierte Anhänger der nationalen Bewegung oder um die Zuschauer handelte, im Grunde war da kein Unterschied. Wo immer einer der Führer auftaucht, wurde er von *allen*, die in seiner Nähe waren, mit stürmischer Begeisterung begrüßt. Die Einigung der Parteien, Gruppen, Verbände, die der Sinn des Tages war, war bereits im Geist und in der Wahrheit vollzogen, ehe es offiziell Form gewann. Das Volk selbst, das zu Tausenden die Straßen und Plätze füllt, hatte sie vorbereitet und vollzogen. Und diesen Willen des Volkes, alles Trennende hintan zu stellen um des einen großen Zieles willen, gaben die prominenten Redner der Nachmittagskundgebung im Kurhaus kraftvollen und klaren Ausdruck...“¹¹

Ich interpretiere jetzt nicht, ich wollte Ihnen nur den „Geist von Goslar“ im O-Ton näherbringen. Etwas später komme ich auf die in diesen Zeilen ausgedrückten

anmaßenden Selbstermächtigungsphantasien, die sich in grausamer Tat verwirklichen sollten, zurück.

Ich behaupte nicht, dass Gillen die Stimmung der gesamten Goslarer Bevölkerung wiedergibt. Das sozialdemokratische Organ etwa, die *Harzer Volkszeitung*, spottete wie andere republikanische Blätter in Verkennung des Ernstes der Lage und verhängnisvoller Überheblichkeit über die „nationale Tümelei“ der uniformierten Partei- und Stahlhelmgarden. Auch gab es noch demokratische Republikaner aus den Mittelschichten, die sich ihren Standesgenossen verweigerten. Über diesen Kreis wissen wir übrigens noch viel zu wenig. Vielleicht können die Forschungen zu Katharina von Kardorff-Oheimb hier Licht ins Unwissen bringen.¹²

Doch wie die örtliche Vor- und Nachgeschichte zeigt, konnte sich der von der *GZ* in Worte gegossene „Geist von Bad Harzburg“ in Goslar breiter Zustimmung sicher sein. Bei den Reichspräsidentenwahlen (13.3. u.10.4.1932), wenige Monate nach dem „nationalen Tag“ von Bad Harzburg erhielt der Kandidat Hitler im 2. Wahlgang insgesamt 7.968 Stimmen von 15.889 Wahlberechtigten, das waren 56,2%. Dies Ergebnis lag fast 20 Prozentpunkte über dem Reichsdurchschnitt. Hindenburg, über lange Jahre Liebling des nationalen Bürgertums und seiner örtlichen Zeitung, kam mit über 2.000 Stimmen weniger nur auf 40,6%, fast 13 Prozentpunkte unter Reichsdurchschnitt.

Die *GZ* hatte zur Wahl Hitlers aufgerufen, über alle NS-Wahlveranstaltung ausführlich berichtet und sich dabei des journalistischen Ethos der objektiven Berichterstattung entledigt. Frank Heine hat das in seiner als Buch erschienenen Nachrichtensammlung zur *GZ* ausschnittsweise dokumentiert.¹³ Die hohe Wahlbeteiligung von fast 90% – und damit höher als sonst üblich in der Stadt – zeugt von einem hohen Mobilisierungsgrad. Dieser hatte sich schon seit Mitte Ende 1930 in hoher Publikumsresonanz bei NS-Propagandaveranstaltungen gezeigt. Kaum eine Versammlung der Nazis – meistens im *Kaisersaal*, dem heutigen *Odeon* – war nicht überfüllt, egal wie prominent die jeweiligen auswärtigen Redner waren.

Wer waren diese Handlenden, von denen sich etliche bald aktiv am politischen Leben in der Stadt beteiligen sollten. Der verdienstvollen Fleißarbeit von Liselotte Krull¹⁴ verdanken wir eine in Teilen aussagekräftige Analyse des Wählerverhaltens. Sie ermittelte überdurchschnittliche Zustimmung zu Hitler in städtischen Wahlkreisen mit

einem relativ hohen Anteil an Angestellten und Beamten sowie Selbständigen. Diese lagen dort bei über 65 bzw. über 70%. Die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl sind für eine politische Lagebeurteilung im Ort deshalb aussagekräftig, weil sich die DNVP-Wähler im zweiten Wahlgang mangels eines eigenen Kandidaten gezwungen sahen, zwischen Hitler und Hindenburg zu entscheiden. Ohne sie jetzt mit Zahlenarithmetik quälen zu wollen, sei zur Anschauung der Stimmbezirk X, – ich nenne ihnen einige Straßennamen aus der Gegend: Oberer Triftweg, Claustor Promenade, v. Garssenstr. etc., ein Wohnquartier der Wohlhabenden – näher betrachtet:

Bei den Reichstagswahlen am 14.9.1930 entschieden sich von den knapp 1000 Wählern dieses Bezirks 259 =27% für die NSDAP und 206 =21,4% für die DNVP; Staatspartei und DVP erhielten noch 7,8 bzw.14,4% der Stimmen. Als bei der Reichspräsidentenwahl noch der DNVP-Kandidat Düsterberg zur Verfügung stand votierten hier 22,1% für ihn und 49,8% für Hitler. Hindenburg bevorzugten 25,7%. Als Düsterberg im 2. Wahlgang ausgefallen war, wählten 28,5% Hindenburg und 70,6 % Hitler.

Es geschah also genau das, was sachkundige zeitgenössische Beobachter allgemein wahrgenommen hatten: Die deutsche Mitte radikalisierte sich.

Der Soziologe Theodor Geiger, 1928 vom damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinrich Jasper als Professor an die TU Braunschweig berufen, schrieb in einem 1930 veröffentlichten Aufsatz zur Analyse des „alten“ und „neuen Mittelstandes“ von beiden Teilen als dem „gesegneten Boden ideologischer Verwirrung“, der sich aus der drohenden Abstiegs Erfahrung von der Mitte in die Armut speiste.¹⁵

In einem „soziographischem Versuch“, wie er eine auf teilnehmende Beobachtung und statistische Befunde gestützte Studie von 1932¹⁶ nannte, suchte er unterschiedlichen Mentalitäten in den sozialen Schichtungen zu erfassen. Geiger unterschied: „Oberschicht (Kapitalisten)“ mit einem Bevölkerungsanteil von 0,92 %. Die „Mittelschicht“ unterteilte er in „alten Mittelstand (17,77 %) und neuen Mittelstand (17,95 %)“, das „Kleinbürgertum“ nannte er „Proletaroiden 12,65 %“. Die „Unterschicht, das Proletariat“ machte nach ihm 50,71 % der Bevölkerung aus.¹⁷ Die neuen Mittelschichten, denen seine besondere Aufmerksamkeit galt, waren also fast

auf die Hälfte der Erwerbstätigen bzw. -fähigen angewachsen. Auf die Tatsache, dass diese Entwicklung von Seiten der Arbeiterparteien systematisch ignoriert wurde, und deshalb Optionen für diese Schichten integrierendes politisches Handeln sträflich vernachlässigt wurden, kann ich heute nicht eingehen.¹⁸

Geigers Beobachtungen der politischen Verhältnisse im Reich und insbesondere vor seiner Haustür in Braunschweig mündeten in einem Exkurs mit der Überschrift „Die Mittelstände im Zeichen des Nationalsozialismus“. „Kurzum: wo die Frage nach der gegenwärtigen sozialen Schichtung des deutschen Volkes aufgeworfen wird, richtet sich heute mit Grund das Hauptinteresse nicht mehr nach links, sondern auf die Mitte. Das Problem des sogenannten Mittelstandes ist aber gegenwärtig untrennbar mit dem Problem des Nationalsozialismus verquickt.“¹⁹ Und er suchte nach Gründen:

„Vor 50, 60 Jahren noch ausschlaggebende Macht in der damaligen Gesellschaft, ist der Mittelstand der gewerblich Selbständigen der Zahl nach und noch viel mehr in seiner gesellschaftsdynamischen Bedeutung abgefallen. Diese Geltungseinbuße scheint mir – bewusstermaßen oder im psychischen Untergrund – sehr viel mehr als die wirtschaftliche Bedrängnis die nervöse Gereiztheit des Besitzmittelstands zu motivieren. Der relative Schwund seines sozialen Gewichts und Prestiges drückt denwerbenden Mittelstand gar sehr und lässt ihn seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch schwärzer sehen, als sie sind. ... Die allgemeine wirtschaftliche Existenznot aller Volksschichten trifft bei ihm mit dem seit langem hoffnungslos getragenen Schmerz über den Verlust seiner gesellschaftlichen Position zusammen.“²⁰

Geiger fasst zusammen: „Je heftiger das mittlere und kleine Eigentum bedroht ist – durch Wirtschaftskrisis oder dadurch, dass die Expansion des Großkapitals den Kleinbesitz an Produktionsmitteln in der Hand des Eigentümers entwertet – desto eifersüchtiger und fanatischer wird der Eigentumsgedanke verteidigt.“²¹

Diese mittleren Schichten fanden es abstoßend, weil bedrohlich, dass die Arbeiterschaft ihren Teilhabeanspruch am sozialen und politischen Leben selbstbewusst einforderte. Zwar war ihre klein- oder mittelständische Konkurrenz unbehaglich und lästig – zählen Sie mal im Einwohnerbuch nach, wie viele Schneider, Schuster oder andere Kleingewerbetreibende sich hier Konkurrenz machten – doch fühlten sie sich sozusagen schicksalsmäßig verbunden. Nach oben waren sie wie nach

unten von Vorurteilen und Ängsten befallen. Man fühlte sich der kapitalkräftigen Konkurrenz ausgeliefert.

Indem die Nationalsozialisten dieser Konkurrenz massiv und ununterbrochen das Gesicht der Juden, insbesondere des so genannten Handels- und Finanzjuden überstriefen, erhielt der Kleinbürger einen imaginierten Feind, den er für sein eigenes Konkurrenzversagen verantwortlich machen konnte.

Die *Stadt* (im Landkreis sah es etwas anders aus) Goslar fiel vom ermittelten reichsweiten Sozialprofil ziemlich ab. Nach den mir bekannten Daten war der Anteil der Arbeiterschaft geringer, der der Selbständigen, Angestellten und Beamten höher als im Reichsdurchschnitt. Nimmt man Oker mit seiner proletarischen Mehrheit hinzu, erhält man andere Verhältnisse. Doch Oker war kein Bestandteil des Politik- und Verwaltungsbezirks, es gehörte zudem zum Land Braunschweig. Doch die objektiven Lebensverhältnisse – und das ist die entscheidende Aussage von Geiger, die mit anderen zeitgenössischen Untersuchungen etwa des Instituts für Sozialforschung übereinstimmt, – sagen über die Vorstellungen der Mittelklassenangehörigen von sich selbst, also über ihre politischen und lebensweltlichen *Einstellungen* und *Verhaltensmuster* wenig aus. Diese Einstellungen – und das gilt es sich immer wieder zu vergegenwärtigen – hatten wenig bis gar nichts mit unmittelbarer, irgendwie messbarer sozialer Wirklichkeit zu tun.

In Goslar gab es beispielsweise kein aufmüpfiges, geschweige denn revolutionäres Proletariat. Gediegene bürgerlich-republikanische Sozialdemokraten hatten bei einem Wählerstimmenanteil um die 30 Prozent seit der Revolution in städtischen Angelegenheiten fruchtbare Zusammenarbeit mit den verschiedenen in Partikularinteressen zersplitterten Mittelschichten geübt. In den großen Bergbaukrisen der 20er Jahre und auch 1931 standen die Einwohner der Stadt ziemlich einheitlich um Lösungen bemüht hinter ihrem Magistrat, in dem auch der Sozialdemokrat Söffge saß. Die jüdischen Goslarer galten als Mitbürger, soweit wir das aus den Quellen und entsprechenden Monografien beurteilen können. Jüdische Kurgäste mieden Goslar weitgehend, weil sie um die antisemitische Tourismuspolitik des einflussreichen Hotelbesitzers und Verbandsfunktionärs Heinrich Pieper wussten. Dramatisch zu nennende Folgen der Wirtschaftskrise waren in Goslar nicht auszumachen. Weder gab es haufenweise Konkurse noch Massenentlassungen. Denn die klugen und energischen

Krisenintervention der republikanischen Stadtführung unter Bürgermeister Klinge konnten etwa die Schließungsabsichten des Rammelsbergs durch die Unterharzer Berg- und Hüttenwerke abmildern. Anders als etwa in der Nachbarstadt Bad Harzburg hatte die Verwaltung den städtischen Haushalt einigermaßen in Griff, brach hier nicht eine Hausbank zusammen, riss wie dort ein dramatischer Einbruch des Fremdenverkehrs keine Löcher in die Kassen von Betrieben und Stadtkasse.

Nationalsozialistische Kommunalpolitik konnte keine Alternative anbieten, sie hielt keinerlei konstruktive Vorschläge bereit. Im Nachbarort profilierte sich der NSDAP-Fraktionsvorsitzende und spätere Bürgermeister Hermann Berndt neben seinen üblichen Parteitiraden lokalpolitisch mit Attacken gegen die Stadtführung, indem er konkrete Sparkursvorhaben unterbreitete. Solch kommunalpolitischer Kurs war zumindest diskussionswürdig. Von ähnlicher Sachpolitik seitens der Nationalsozialisten konnte in Goslar nicht die Rede sein. Unter Führung des späteren NS-Bürgermeisters Droste bestand ihr Handeln aus kleinteiliger Meckerei und Obstruktionspolitik. Noch nicht einmal lokale Demagogen und Parteieinpeitscher gab es in ihren Reihen.

Geiger charakterisierte die allgemeine politische Lage in den Mittelschichten: „Ein Bürgertum, das seine weltanschauliche Orientierung, Erbgut der 48er und 70er Jahre, in Interessensängsten verloren hatte, das in positiv wirtschaftsbestimmtem Sozialdenken seine Einheit nicht finden konnte, warf sich der eignen Verzweiflung in die Arme“, und damit in die der NSDAP.²² „Wichtig ist jetzt allein: gegen den bestehenden Staat, nicht für ein neues Deutschland ist er (der Zorn der Hakenkreuzler, P.S.) entflammt.“²³ Dies Urteil, 1930/31 gefällt, traf für Goslar nach dem Tag von Harzburg zu. Die Mehrheit der Goslarer Wahlbevölkerung lief mit Hurra zu den Hakenkreuzfahnen über, ohne dass jemand handfeste, rational erfassbare Gründe ausmachen könnte. Das Einreihen in die Phalanx der „Negation“, wie Hannah Arendt einen Kern der NS-Bewegung einmal charakterisierte, war Motiv genug.

Nun kam diese Haltung allerdings nicht von ungefähr. Es gab hier zwar keine traditionell starke *partei*politisch ausgerichtete kommunal organisierte Bewegung des Antirepublikanismus oder des Nationalsozialismus. Weder DNVP oder Stahlhelm noch NSDAP konnten als organisierte Kräfte maßgeblich das *politische* Leben

prägen. Die Mittelschichten hingen drei, manchmal vier Wahlorganisationen ökonomischer Partikularinteressen an.

Das war etwa in einer anderen Nachbarstadt, in Wernigerode, ganz anders. Dort hatten Stahlhelm und DNVP eine rührige Anhängerschaft, die *Wernigeröder Zeitung* leistete sich etwa regelmäßig redaktionelle Beilagen unter dem Titel „Der Frontkämpfer. Sonderbeilage für den Stahlhelm und sämtliche sonstigen vaterländischen Verbände der nationalen Front“. Die NSDAP unter ihrem Anführer Alfred Böttcher, einem Arzt und antisemitischen Demagogen besonderer Güte, entwickelte sich nach Rückschlägen 1925/26 schnell zu einer mitgliederstarken Randalettruppe, die mit ihrem Parteibüro mitten im Stadtzentrum am Markt viel Aufhebens machte. Man stritt sich mit den Stahlhelmen ebenso vehement wie mit Sozialdemokraten, lokal rekrutierte SA-Verbände demonstrierten Herrschaftswillen auf den Straßen.

Nichts bis wenig von alledem in Goslar. Trotz mancher Provokation und martialischem Auftritt kann das Erscheinungsbild der lokalen Partei kaum die Anziehungskraft der Hitlerbewegung erklären. Das war nach meiner Beobachtung auch gar nicht nötig. Denn Teile der einheimischen Eliten – gerade die sprach- und meinungsmächtigsten – organisierten sich und ihr Umfeld selbstreferenziell, wie man heute sagen würde. Ihr kulturell-ideologisches Selbstverständnis war Nährboden und Motor akkumulierender geistiger Verwahrlosung, die in politische Handlungsmacht zugunsten des „Behemoth“²⁴ mündete. Zur kulturell-intellektuellen Elite in einer norddeutschen Kleinstadt zählten Redakteure, Schullehrer, manch Richter und Anwalt und die Pastoren der ev.-luth. Kirchengemeinden.²⁵

Zur sich selbst im antidemokratischen Radikalismus befeuernden einheimischen Elite müssen hier einige Stichworte genügen. Ich habe diesen Prozess anderswo ausführlich geschildert. Der so genannte Goslarer Schulkampf anlässlich der Verfassungsfeiern 1929 kann als ein turning point bezeichnet werden. Gymnasialschüler protestierten beim Sportfest demonstrativ gegen die Farben der Republik und schmückten sich demonstrativ mit schwarz-weiß-rot. Die preußischen Kultusbehörde in Berlin drängte auf Sanktionen, das einheimische Bürgertum empörte sich über den Selbstbehauptungswillen der Republik und den Anspruch des reformerischen Kultusminister Becker, die Schulen zu Erziehungseinrichtungen im Geist der Aufklärung zu formen.²⁶ Den Republikgegnern in der Stadt bot sich im Laufe der

Auseinandersetzung ein Forum für ihre nationalistisch-revanchistisch republikfeindliche Propaganda. Die NSDAP, ein eigentlich unbedeutender Haufen, verstand es, sich zum Sprachrohr der „Empörten“ aufzuschwingen, indem sie den staatlichen Organen und ihren lokalen Repräsentanten Legitimation und Autorität absprach. Die selbstüberhebende Ermächtigung, im Interesse der „nationalen Sache“ aktiv zu handeln, trug der NSDAP Anerkennung von Seiten des sich als deutschnational bezeichnenden Bürgertums, inklusive der Zeitung und meinungsstarker Lehrer zu. Selbst in Autoritätshörigkeit gefangen imponierte ihm die flegelhafte und auftrumpfende Aufmüpfigkeit, mit der die Parteisolddaten auftraten.

Im Zuge der weiteren Auseinandersetzungen um das so genannte Volksbegehren gegen den Young-Plan in der zweiten Hälfte 1929 und dem Versuch, 1931 per Volksabstimmung den Preußischen Landtag aufzulösen, um Preußen von den Roten zu befreien, wie es im Aufruf vom 11. Mai 1931 hieß, fühlten sich die im Streit mit der Republik erhitzten und verhärteten Gemüter der nationalistischen Rechten zunehmend den Nationalsozialisten verbunden. Die Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932 hatte ich erwähnt.

Resümieren wir mit weiteren Zeitgenossen diesen Prozess. Carl v. Ossietzky schrieb in seiner Zeitschrift „Weltbühne“ im Januar 1933 mit dem Titel *Wintermärchen*²⁷:

„Die Hitlerpartei betont gern ihre Andersartigkeit, und sie darf in der Tat nicht mit hergebrachten Normen gemessen werden. ... Die Nationalsozialistische Partei hat für fünfzehn Millionen Deutsche genau das erfüllt, was sie sich unter einer politischen Partei vorgestellt haben. Niemals ist das deutsche Bürgertum in einem Säkulum so ehrlich gegen sich gewesen wie in diesen paar Jahren nationalsozialistischen Wachstums. Da gab es nicht mehr intellektuellen Aufputz, nicht mehr geistige Ansprüche, nicht mehr akademische Fassade reicherer Jahrzehnte. Der ökonomische Zusammenbruch hat die innere Rohheit, die plumpe Geistfeindlichkeit, die harte Machtgier bürgerlicher Schichten – Eigenschaften, die sich sonst halb anonym hielten oder in private Sphäre ableiteten – offen bloß gelegt.“²⁸

Und Sebastian Haffner fragte wenig später, wie konnte es sein, dass eine Mehrheit im Frühjahr 1933 plötzlich „verschwunden“ war, eine Mehrheit, die doch wusste, was mit Hitler bevor stand. „Was ist mit Ihnen? Gehören sie wirklich zu diesem Irrenhaus? Merken sie nicht, was mit ihnen geschieht – und was in ihrem Namen geschieht?

Billigen sie es etwa gar? Was sind das für Leute? Was sollen wir von ihnen halten? Tatsächlich stecken hinter diesen Unerklärlichkeiten sonderbare seelische Vorgänge und Erfahrungen – höchst seltsame, höchst enthüllende Vorgänge, deren historische Auswirkungen noch nicht abzusehen sind.“²⁹

Wie konnten so viele in ganz kurzer Zeit Moral und Anstand, Bürgerdisziplin und nachbarliche Empathie ablegen, sich in Massenhysterie suhlen, in Aggressivität austoben und in Machtgehabe ergötzen? Wie konnte schier eschatologische Heilserwartung, jeder Ratio und überliefertem gesunden Menschenverstand entbehrende Verve niedere Kräfte und Instinkte in Wort und Tat freisetzen, die sich gegen Nachbarn, Mitbürger und Kollegen in widerwärtiger Weise austobten?

Rufen Sie sich die Sätze von Otto Gillen in Erinnerung, Sätze voll verklärendem völkisch-nationalen, radikal antidemokratischem Pathos, Sätze die die gewalttätige Selbstermächtigung der „nationalen Leidenschaft“ zur Durchsetzung von Partikularinteressen gegen „Volksfremde“ formulierten. Sie können die zitierten Zeilen Gillens stellvertretend für die schier unendliche Menge gedruckter Worte zur NS-geistigen Aufrüstung der Stadtbevölkerung durch die Zeitung nehmen. Von unerschöpflicher Sendungsemphase getrieben formten Schriftleitung und Redakteure ihre Zeitung zu einem antirepublikanischen Kampfblatt, das in seiner ideologischen Ausrichtung den NS-Parteiblättern voranging.

Lassen Sie mich mit der Wiederholung eines zentralen Satzes aus dem vorhin zitierten Kommentar von Otto Gillen allmählich zum Ende kommen: „Wohin man sah, überall begegnetet man siegesfrohen und hart entschlossenen Gesichtern, Gesichtern, denen man es ansah, dass es diesen Menschen ernst ist, um die Gestaltung der deutschen Geschichte, ... Das Volk selbst, das zu Tausenden die Straßen und Plätze füllt, hatte sie vorbereitet und vollzogen.“

Sowieso gleich das ganze Volk repräsentierend sah sich das Goslarer Bildungsbürgertum – ob man Liberale und Demokraten ausnehmen kann ist die Frage – prinzipiell gern als Aktivposten von 1000-jähriger Reichsgeschichte, die in den Mauern der Stadt als Relikte präsent waren. Geschichte hatte hier nicht nur eine Identität vermittelnde Wirkung, sie hatte heroischen Klang und verlangte nach heldischer Zukunft.

Wie ernst diese Volks-Bürger die Gestaltung deutscher Geschichte, für die sie Gestaltungslizenz beanspruchten, nahmen, erfuhr im Frühjahr 1933 der sozialdemokratische Stadtsyndikus Wandschneider, als er ebenso wie der Redakteur der *Harzer Volkszeitung* Pasch aus der Stadt gejagt wurde. Aktive Geschichtsgestalter schlugen den republikanische Polizeioffizier Ostheeren der brutal zusammen. Deutsche Geschichtskultur wurde gefeiert, als der Sozialdemokrat Söffge und der jüdische Kaufmann Hochberg im Mai 1933 auf einem Fleischerkarren, einer mittelalterlichen Prangerprozession gleich, durch die Stadt gezerrt wurden. Zur Gestaltung von zukünftiger Geschichte gehörten die gewaltsame Eroberung des Gewerkschaftshauses und die Einlieferung von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten in Schutzhaft und ins Konzentrationslager. Die Boykott- und Drangsalierungsaktionen gegen jüdische Mitbürger am 1. April 1933, eigentlich Parteiangelegenheiten, fanden in Goslar unter Leitung eines bürgerlichen „Aktionsausschusses zur Abwehr der Judenhetze“ statt. Ihm gehörten die führenden Mitglieder das „NS-Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand“ an, alles mehr oder minder gestandene einheimische Handwerker und Kaufleute. Das von Hannah Arendt gezeißelte Bündnis von „Mob und Elite“ war hergestellt.

Ein Jahr nach diesen Volkstaten der NS-Bürger-Bewegung in Goslar resümierte der Vorsitzende des „Kampfbundes für deutsche Kultur“, Redakteur Otto Gillen:

„Um die Entwicklung der Ereignisse in ihrem tieferen Kern verstehen zu können, ist es daher unerlässlich, sich vorurteilslos, aber ohne falsche Rücksichten mit der Judenfrage zu beschäftigen. Erst durch die Erkenntnis des Fremdrassigen kommen wir zum vollen Bewusstsein unseres eigenen Wesens und Wollens. Wenn wir uns klar darüber sind, was wir abzulehnen haben, wissen wir um so deutlicher, was wir mit ganzem Herzen suchen und fördern müssen ... Darum war es ein Akt der Notwehr, wenn das deutsche Volk durch den Nationalsozialismus das Judentum aus allen den Stellen beseitigte, die für unser öffentliches Leben von entscheidender Bedeutung sind. Durch gesetzliche Maßnahmen ist das Notwendige getan worden, und niemand auf der Welt hat das Recht, dem deutschen Volk zu verbieten, Ordnung und Sauberkeit in seinem eigenen Haus zu schaffen. Es geht schließlich um uns, unsere Kultur, unsere Kinder und unsere Zukunft. Aber es möge niemand glauben, dass mit den gesetzlichen Maßnahmen alles getan sei, und man nun die Judenfrage als gelöst betrachten kann.

Die Zurückdrängung des jüdischen Einflusses erfordert von uns doppelte Anspannung aller Kräfte, höchste Selbstdisziplin, gläubigen Aufbauwillen und verantwortungsbewusste kulturelle Tat. Auf dem Trümmerfeld, das uns die judenfreundliche November-Republik hinterlassen hat, gilt es nun ein neues, artbewusstes und volksverbundenes Kulturleben aufzubauen, wie es allenthalben mit der dem Nationalsozialismus eigenen Sicherheit kraftvoll in die Wege gesetzt ist.“³⁰

Thomas Mann hatte 1930 von notwendiger „demokratischer Moralität“ gesprochen, „Geistfreundlichkeit“ in der Praxis angemahnt, die Achtung der Menschenwürde eingefordert.

Die NS-Volksgemeinschaft der ehemaligen Bürger strebte auch in Goslar mit fliegenden Fahnen der „artbewussten“ Barbarei entgegen.

¹ Lutz Raphael 2012: Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945. München (C.H. Beck, S. 212.

² Ebenda, S, 212-213.

³ Alfred Rosenberg 1972 (13): Geschichte der Weimarer Republik, Frankfurt a. Main (EVA) S. 171. Nach seinem 1928 veröffentlichten Buch *Die Entstehung der Deutschen Republik 1918-1918* erschien die *Geschichte der Deutschen Republik* im Exil 1935 in Karlsbad. Beide Bände wurden 1955 bzw. 1961 von Kurt Kersten neu herausgegeben.

⁴ <Waltraud Meints 2004: Im Schatten des Terror. Zugleich ein Vorwort, in: dies. u. Katherine Klinger (Hrsg.) Politik und Verantwortung. Zur Aktualität von Hannah Arendt, Hannover (Offizin) S.11.

⁵ Margaret Donovan 2004: Politische Verantwortung in „interessierten Zeiten“, in: Meints/Klinger a.a.O., S.69.

⁶ Peter Schyga 1999: Goslar 1918-1945 Von der nationalen Stadt zur Reichsbauernstadt des Nationalsozialismus, Bielefeld. Ders. 2006: „Es gilt diesen Pestherd in allen Winkel Europas auszurotten. Die Reichspogromnacht am 9./10. November 1938 in Goslar, Spuren Harzer Zeitgeschichte Heft 1 (Hg. Verein Spurensuche Goslar), Clausthal-Zellerfeld. Ders. 2009: Kirche in der NS-Volksgemeinschaft – Selbstbehauptung, Anpassung und Selbstaufgabe. Die ev.-luth. Gemeinden in Goslar, der Reichsbauernstadt des Nationalsozialismus. Hg. v. Helmut Liersch im Auftrag der Propstei Goslar, Hannover.

⁷ Thomas Mann, 1930: Deutsche Ansprache. Ein Appell an die Vernunft, gehalten am 17. Oktober 1930 im Beethovensaal zu Berlin in: Th. Mann Werke Bd. 3 Reden und Aufsätze, Frankfurt a. Main 1990, S. 879-890

⁸ Ebenda S.884

⁹ Ebenda S.889-890

¹⁰ Die Reden wurden in der GZ abgedruckt. Sie sind auf www.harzbuerger-front.de dokumentiert.

¹¹ Goslarsche Zeitung v. 12. 10. 1931.

¹² Ich verweise hier auf das Projekt Frauenorte Niedersachsen des Landesfrauenrates Niedersachsen e.V. „Auf Kathinkas Spuren in Goslar“ zu forschen.

¹³ Frank Heine 1998: Der nationale Kandidat heißt Hitler. Die Goslarsche Zeitung und der Aufstieg der NSDAP 1928 bis 1933. Bielefeld.

¹⁴ Lieselotte Krull 1982: Wahlen und Wahlverhalten in Goslar während der Weimarer Republik. Goslar.

¹⁵ Theodor Geiger 1930: Panik im Mittelstand. In: Die Arbeit. Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55, S.637-654, 641,646

¹⁶ Theodor Geiger 1932: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Soziografischer Versuch auf statistischer Grundlage, Stuttgart. Faksimilenachdruck 1987 Stuttgart (Ferdinand Enke Verlag).

¹⁷ So neu war diese Differenzierung nicht. Der ganze „Revisionismusstreit“ um Eduard Bernstein in der SPD drehte sich um die Veränderung der Klassenverhältnisse, um die Tatsache, dass sich eine Mittelklasse herausbildete, auf die die Arbeiterpartei zuzugehen hätte. Geiger lieferte hier die Daten für eine gesellschaftliche Entwicklung, die gerade von den Arbeiterparteien ignoriert wurde.

¹⁸ Seit dem „Revisionismusstreit“ der 90er Jahre des 19. Jahrhunderts stand dieses Thema eigentlich auf der Tagesordnung der SPD. Doch ihr „revolutionärer Attentismus“ (D.Groh), ihre spätere Politik der arbeitermilieuförmigen Abkapselung bei gleichzeitigen Zugeständnisse an die Unternehmerverbände machte diese Partei – bis auf wenige Widersprecher in den eigenen Reihen – blind für den dramatischen

gesellschaftlichen Wandel. Vgl. dazu meinen Vortrag zu Heinrich Jaspers v. 23.3.2011 in Bad Harzburg; pdf auf www.kliopes.de

¹⁹ Geiger 1932/1987 a.a.O., S. 109.

²⁰ Geiger 1932/1987 a.a.O., S. 89,88.

²¹ Ebenda S.110

²² Ebenda S. 121

²³ Ebenda S.117

²⁴ Nach diesem Ungeheuer aus der der jüdischen Eschatologie benannte Franz Neumann seine bahnbrechende, heute immer noch wegweisende, leider zu oft ignorierte Analyse des Nationalsozialismus. Behemoth Ausdruck von: Ein Unstaat, ein Chaos, ein Zustand der absoluten Gesetz- und Rechtlosigkeit. Franz Neumann 1984 (1977): Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944. Herausgegeben, übersetzt (zusammen mit Hedda Wagner) und mit einem ausführlichen Nachwort von Gert Schäfer, Frankfurt a. Main. Das Original ist 1942 bei Octagon Books New York erschienen und 1944 erweitert worden.

²⁵ Vgl. detailliert und ausführlich zum Verhalten der Pastoren und ihren Gemeinden: Schyga 2009. Die weitgehende Akzeptanz bis Unterstützung (Pastor Holtermann war SA-Mitglied) der NS-Bewegung wich bald einer zunehmenden Skepsis bis hin zu Ablehnung und widerständigen Handlungen. An erster Stelle Pastor Holtermann.

²⁶ Ausführlich in Schyga 1999, Kapitel 4.1.

²⁷ Die Weltbühne, 29. Jg. v. 3. Januar 1933 S. 3-4.

²⁸ Diese Worte stammen aus der Feder von Carl v. Ossietzky kurz nachdem ihn die Republik aus dem Kerker, in den sie ihn wegen Enthüllungen über die Reichswehr für 18 Monate eingesperrt hatte, entlassen hatte. Wenige Wochen später wurde er von den NS-Machthabern ins KZ verbracht. Er starb 1938 an den Folgen der erlittenen Haft.

²⁹ Sebastian Haffner 2000 (5): Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart/München, S.173.

³⁰ GZ v. 19.4.1934